



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 21 - 23
Fernschreiber 0 898 890

P/XV/14 - 18. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 | Die französische Atombombe Der Atom-Club wird gesprengt | 42 |
| 2 - 5 | Stimmen des Volkes Aus Briefen an die Jüdische Gemeinde zu Berlin Von H. G. Sellenthin | 171 |
| 5 | Prügel statt Politik? Saten, auf die die Welt wartet | 32 |
| 6 - 7 | Die Kommunalwahlen im Jahre 1960 Von August Kerger, Leiter der Kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand der SPD | 86 |

* * *

* *

Die französische Atombombe

sp - Wenn nicht alles täuscht, wird Frankreich in Kürze "seine Atombombe" zur Explosion bringen. Diese französische A-Bombe soll nicht stärker sein als jene, die von den Amerikanern im Sommer 1945 auf Hiroshima abgeworfen wurde. Sie war schrecklich genug und forderte Tausende von Opfern. Inzwischen sind jedoch viel furchtbarere Bomben zur Explosion gebracht worden; von den Amerikanern, den Russen und den Engländern. Militärisch kann also Frankreich durch die Explosion der eigenen Bombe kaum den Anschluß an die bereits vorhandenen entsetzlichen Waffen der übrigen Großmächte finden.

Die französische A-Bomben-Explosion ist daher als Politikum zu werten. De Gaulle will, daß Frankreich vor Beginn der großen internationalen Konferenzen und im weiteren Verlauf der Genfer Verhandlungen über den Stop der Atombomben-Versuche als gleichberechtigte Großmacht mit einer eigenen Atomwaffe anerkannt wird. Vielleicht glaubt der französische Staatschef auch, daß die eigene Atombombe das Weltprestige Frankreichs hebt, daß die eigene Nation ihm dafür dankbar ist und seine Bemühungen um die Wiederherstellung des Prestiges honoriert.

Viele afrikanische Völker haben gegen die A-Bomben-Explosion in der Sahara protestiert. Der Widerstand dieser Völker gegen die französische Prestige-Politik ist größer geworden. Deswegen erscheint de Gaulles Versuch, den Anschluß Frankreichs an die Atom-mächte zu finden, unlogisch. Denn gerade durch diesen Versuch gefährdet er seine Afrika-Politik, die zum Ziele hat, Frankreichs Position durch eine enge Zusammenarbeit mit den afrikanischen Völkern zu verbessern.

Weltpolitisch gesehen verringert die französische A-Bomben-Explosion die Chance, den Kreis der Atom-mächte begrenzt zu halten. Wahrscheinlich werden nach der Explosion in der Sahara auch China und andere Mächte aus den gleichen Gründen wie de Gaulle ihre Bemühungen verstärken, in den "Atom-Club" aufgenommen zu werden. Je größer aber die Anzahl der Atom-mächte wird, umso schwieriger dürfte es sein, die allgemeine Ächtung der A- und H-Waffen zu erreichen.

Sicher ist aber folgendes: De Gaulle wird seine "eigene A-Bombe" dazu benutzen, um Frankreichs Gewicht auch im Rahmen der westlichen Verteidigungsallianz ganz anders als bisher ins Spiel zu bringen. Er will "sein Frankreich" zur entscheidenden Macht auf dem europäischen Kontinent entwickeln und wird durch nichts davon abgehalten sein; ausgenommen vielleicht durch die wachsenden innenpolitischen Schwierigkeiten, deren Überwindung noch nicht abzusehen ist.

Stimmen des Volkes

Aus Briefen an die Jüdische Gemeinde zu Berlin
Von H.G.Sellenthin

In diesen Tagen und Wochen sind die Weller innerlicher und äußerer Erregung nicht nur in jüdischen Kreisen hochgegangen. Die unerhörten Vorkommnisse, die einen tiefen Einblick in den unbefriedigend gelöststen seelischen Zustand von Teilen des deutschen Volkes boten, die noch immer an den Folgen des Naziregimes in seiner Mentalität zu tragen hatten, rührten fast jeden Menschen innerlich auf, der bewußt von den Sudeleien Kenntnis nahm. Berge von Zuschriften türmten sich auch bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Da schrieb der Schüler und der Professor, der Theaterintendant und der Arbeiter, die jüdische Rentnerin und der nichtjüdische Student. Viele der Zuschriften gingen an Heinz Galinski, den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, sie kamen auch aus der Bundesrepublik, wo sein PPP-Interview Aufsehen erregt hatte. Die meisten der Zuschriften waren diesmal nicht anonym. Und etwa 85 Prozent der Einsendungen brachten Empörung und Abscheu über die Untaten, Mitgefühl und brüderliche Verbundenheit mit den jüdischen Bürgern zum Ausdruck. Nur etwa 15 Prozent der Briefe und Postkarten enthielten hetzerische Äußerungen. Bis auf eine waren diese alle anonym.

Bewegte Anteilnahme

Beginnen wir mit einer Betrachtung der Anteilnahme. Da schrieb ein namhafter Professor der Medizin und leitender Arzt eines großen Krankenhauses in Bayern:

"Ich wende mich heute an Sie, um Ihnen gegenüber meine Empörung über den Versuch der Beschmutzung der Synagoge in Köln Ausdruck zu geben und Ihnen zu versichern, daß diese Tat, die von allen anständigen Menschen verurteilt wird, für uns Deutsche Anlaß sein soll, uns besonders um die geistige Wiedergutmachung des geschehenen Unrechts zu bemühen."

Die Inhaberin eines bekannten Modengeschäftes schrieb: "Deshalb begrüße ich Ihre strafende Haltung und Ihre klare Forderung nach einer radikalen Änderung der misslichen Zustände, die im heutigen Deutschland in dieser Richtung herrschen."

Spontane Hilfe

Zwei Berliner Lehrer übersandten - wie übrigens auch andere Einsender - der jüdischen Sozialabteilung DK 50. - und schrieben u.a. dazu: "Die Schändungen jüdischer Gotteshäuser haben uns mit Schrecken wahrnehmen lassen, daß sich in Deutschland der überwunden geglaubte Rassenwahn wieder zu erheben beginnt. Wir möchten Ihnen versichern, daß wir die Ihnen zugefügten Beleidigungen auch als gegen uns gerichtet empfinden." Und ein Berliner Arzt: "In Gedanken empfinde ich mit unseren jüdischen Mitbürgern, mein Red und Tat sind ihnen gewiß!" Eine religiöse Krankenschwester: "Gott hat sein Volk noch nie verlassen, Sie werden auch jetzt die Macht Gottes erleben, denn er steht zu seinen Wort!"

Eine Arbeiterfrau schreibt die folgenden Zeilen: "Wir sind empört über diese Ausschreitungen. Die ewig Gestrigen werden niemals ganz aussterben, deren Stärke die Dummheit ist. Denken Sie aber daran, daß Sie sehr viele Freunde haben, die wachsam sind."

Einer von Berlins bekanntesten Theaterintendanten und Regisseur schrieb auf einer offenen Postkarte an Galinski mit vollem Namenszug die Worte: "Ich höre gerade Ihre Rundfunkstellungnahme zu der Kölner Schweinerei! Mit jedem Wort haben Sie recht! Öffentlich geschieht nun endlich etwas! Wir schämen uns für Köln und die Hintergründe! Beste Grüsse Ihr NK."

Viele Leser aus nichtjüdischem Kreis rufen zu einer entschlossenen Stellungnahme auf, indem sie das Judentum gewissermassen zum Anwalt der demokratischen Interessen in Deutschland machen, ein bezeichnender Zustand einer gewissen Hilflosigkeit! So schreibt eine Einsenderin: "Sie sollen daran erkennen, daß es auch noch Deutsche gibt, die das Nazigesindel von Anfang an gehaßt und verachtet haben, obwohl sie nichtjüdischen Glaubens sind." Weiter ruft eine Leserin zur jüdischen Aktion gegen die Mißstände auf und sagt: "Sie helfen damit nicht nur den Juden, sondern auch allen anständigen Deutschen."

"Unerkant unter uns"

Ein Angestellter: "In unserem Lande leben noch Millionen Unbelehrbare, wann sie sich auch nicht öffentlich zeigen, ihre Gesinnung kommt im Gespräch oft zutage. Ich habe immer behauptet, daß unerkant unter uns vielleicht zehntausende Messenmörder und Folterer frei umherlaufen, weil mit der Bereinigung der deutschen Schuld noch niemals wirklich ernst gemacht wurde."

Ein bedeutender Filmproduzent stellte einen Film über jüdisches Schicksal in diesen Tagen kostenlos zur Verfügung, und ein Berliner Bezirksbürgermeister telegraphierte: "Ich bin tief betrübt über die Vorkommnisse der Neofaschisten in Berlin. Seien Sie davon überzeugt, daß wir in Berlin ein weiteres Auftreten dieser Horden mit allen Mitteln verhindern werden." Ein Legationsrat: "Ich sehe die besondere Bedeutung Ihrer Erklärungen (Galinski) darin, daß Sie die Finger auf die tatsächlichen tieferen Wurzeln des wiederum herangewachsenen Deutschen Staatmalaises gelegt sowie den Zusammenhang einer "sauberen Innenpolitik" mit einer "gesunden und erfolgreichen Aussenpolitik" aufgezeigt haben."

"Keine verallgemeinernden Schlüsse"

"Wir möchten unsere jüdischen Mitbürger in Deutschland bitten, aus diesen Ereignissen keine verallgemeinernden Schlüsse zu ziehen!" so schreiben mehrere Einsender an den Vorstand der Berliner Gemeinde. Ein Professor aus Würzburg meint sogar: "Es hat wahrhaft lange gedauert, bis von jüdischer Seite diese überflüssige Forderung erhoben wurde!"

Ein Hamburger Kaufmann: "Darf ich Sie bitten, kraft des Einflusses, den Sie durch Ihre Stellung haben, nicht nachzulassen in dem Bestreben, ein Verbot jener von Ihnen erwähnten nationalistischen Zeitschriften zu erzwingen."

Die Weltbürger-Liga und die Evangelische Akademie versichern mit vielen anderen Organisationen ihre Abscheu gegen das Geschehene und ihre Verbundenheit mit den jüdischen Bürgern. Eine Organisation schreibt: "Wir führen öffentliche Klage darüber, daß man die Restbestände vergangener Politik in ihrer Wühlarbeit allzu duldsam gewähren ließ und nicht zuletzt die dadurch erkanterte, durch Hintermänner gestützt, wieder frech das Haupt zu erheben."

Fünf Schüler im Alter von 18-19 Jahren unterschrieben einen Brief, in dem es heisst: "Wir gehören zur jungen Generation, und es ist uns unbegreiflich, daß der Schrecken des Antisemitismus in bedrohlicher Weise wieder aufzuwachen droht."

Die Unbelehrbaren

Daneben gibt es leider eine reichliche Zahl von hässlichen Äußerungen auf offenen Postkarten und eingeschriebenen Briefen. Sie reichen in der Tonlage von Moll bis Dur.

Ein Zwanzigjähriger: "Meine Generation kannte weder Hitler noch die Nazis. Wir hatten den Juden gegenüber keine Voreingenommenheit. Die dauernden Hetzparolen, das dauernde Schimpfen auf unsere Schuld und die ewigen Wiedergutmachungsforderungen, die törichten Bestimmungen, nach denen sogar Pastoren von der Kanzel die tüchtigen Israelis loben müssen, veranlassten uns, der Vergangenheit nachzugehen. Offene Aussprachen sind leider verboten. So lasen wir und stellten fest, daß vieles, was in den Büchern steht, auch heute noch der Wahrheit entspricht. So wurden wir Antisemiten, nicht Nazis. Die Bevorzugung der Juden, das Sichhineindrängen in Stellungen verletzt uns und unsere Begeisterung im Aufbau."

Deutlicher wird ein anonymes Schreiben auf einer Postkarte: "Wie ist denn das in Deutschland heute? 45 Millionen Deutsche werden von 30 000 Juden dirigiert und ausgebeutet (18 Milliarden!) Nun schreiben Sie um Ihre bedauernswerten Genossen samt Herrn von Dam um Hilfe!"

Und auf einer weiteren Postkarte, in Schreibmaschinenschrift gesetzt steht: "Wir haben von den Nazis aber auch von den Juden die Nase voll. Geht nur nach Israel, aufbauarbeit leisten. Es gibt dumme und kluge Juden. Durch Ihre provozierenden Reden gehören Sie zu den dummen Juden. Lobt ruhig und bescheiden und schiebt Euch nicht in den Vordergrund. Die Juden haben mindestens so viel Verbrochen auf dem Kerbholz wie die Nazis."

Ein Briefschreiber, der seinen Namen und Adresse angibt: "Die Tat wird auch von mir verurteilt, aber was mich in Erstaunen setzt, ist die Tatsache, daß man darum ein Wesen macht und dadurch noch mehr Öl ins Feuer gibt. Man setzt ja Ihre Gemeinde in einen Glaskasten. Ihre Gemeinde gab uns zu diesem Maß Veranlassung."

Ein anonymes Brief aus Berlin mit der einzigen Schlagzeile: "Liebe Juden, warum geht Ihr nicht alle in Euer 'Gelobtes Land'?? Dann wäre nämlich endlich Ruhe und Frieden, aber Ihr wollt nicht nach fortweil Ihr dort arbeiten müßt!" Immerhin hat der Einsender die Anrede stets in großen Buchstaben gesetzt. Wie heißt es bei Shakespeare im "Sommernachts-traum"? "Eine höfliche Bestie!"

Die Wirklichkeit schrieb Geschichte

Unter den stündlich eingehenden Versicherungen und Teilnahmeerklärungen des Bischofs von Berlin, Dr. Dibelius, des Deutschen Freidenker-Verbandes, der Freimaurerloge "Zu den alten Pflichten", des Berliner Verbandes der Lehrer und Erzieher, des Allgemeinen Blindenvereins, der deutsch-israelischen Studiengruppe der Freien Universität mit Unterschriften vieler Berliner Professoren, fand ich die von zittriger Hand geschriebene Erklärung einer 72-jährigen Frau, einer Zeitungsfrau aus Berlin, die mich am stärksten bewegte. Diese Frau schreibt in ihrem Brief und sie sprach für das "andere Deutschland": "Habe 40 Jahre in meinem Zeitungsstand am Ausgang des Bahnhofs Charlottenburg gearbeitet. Es war bis 1933 eine gute Zeit. Die Juden waren genau so gute Menschen wie auch die Christen oder gute und nicht gute wie diese. Nun fängt es wieder so an, wie es damals anfing. Meinen Zeitungsstand haben sie damals beschmiert und "Judenfreundin" mit roter Farbe orangeschmiert, die man schwer abbekam. Dann kamen die von der Ortsgruppe mit Flaketen "Für Juden kein Verkauf!" Als die Juden einen Stern tragen mußten, das war für mich eine schlimme Zeit. Ich war früh um 5 auf meinem Stand, wie oft mußte ich mit ansehen, wie diese armen Leute früh in der Servinusstrasse aus ihren Häusern geholt wurden! Man schleppte sie in die Dahmannstrasse nach Sturmlokal 60 in den Keller. Ich habe dann die Leute nie wieder gesehen. Wie oft mußte ich ansehen, daß meine Kundschaft morgens mit Wagen abgeholt wurde. Was ich darüber geweint habe und wie vielen ich damals Essen und alles gegeben habe, manche habe ich in meiner Wohnung satt gemacht."

18. Januar 1960

Ich habe nun heute das alles in den Zeitungen gelesen. Bitte, wenn Sie die Macht haben, verhindern Sie es, denn wir wissen, wie furchtbar das alles war! Meine Augen sind auch jetzt vom Weinen schon krank. Ich könnte Romane schreiben, so vieles Bedrückende habe ich in diesen 40 Jahren erlebt!"

Eine deutsche Zeitungsfrau an einem Berliner Bahnhof sah Zeitgeschichte. Sie braucht keinen Unterricht zur "Aufarbeitung der Vergangenheit" mehr.

Ihr zeitgeschichtliches Seminar, ihr Schulbuch über Geschichte war die Wirklichkeit, denn ihr Gewissen schlägt!

+ + +

Prügel statt Politik ?

sp - London hat am Sonntag eine der größten Demonstrationen seit vielen Jahren gesehen. Es will für Großbritannien schon etwas heißen, wenn zwischen 15 und 30 000 Männer, Frauen und Jugendliche - man hatte den Eindruck, die Nachrichtengebung suchte diese Zahlen zu verniedlichen - an einem Sonntag auf die Straße gehen, und so ihrem Willen, ihrem Zorn und ihrer Empörung Ausdruck verleihen. Ausgelöst wurde diese Demonstration durch einen Aufruf der Organisation "Jüdischer Frontkämpfer", und die außerordentlich große Teilnehmerzahl beweist, wie tief beunruhigt die öffentliche Meinung Großbritanniens über das Portleben des braunen Ungeistes in der Bundesrepublik ist. Unter den Demonstranten befanden sich Abgeordnete des Unterhauses, führende Gewerkschaftler und viel einfaches Volk, alle vereint in dem Abscheu vor dem Wiederauftauchen einer schrecklichen Vergangenheit.

Wir haben alle Ursache, solche Demonstrationen ernst zu nehmen. Sie wirken weit in die Zukunft hinein und prägen das Bild, das Völker voneinander gewinnen. Aber wir sollten sie nicht nur registrieren, wir sollten auch hören und beachten, was an Forderung und Mahnung an die Bundesrepublik hier anklang. Sie erinnerte daran, was viele Einsichtige in unserem Volke schon lange wußten und bedauerten, daß zu wenig getan wurde, um dem Geist von gestern den Nährboden für heute und für morgen zu entziehen. Das Rezept, von hoher bundesrepublikanischer Stelle verkündet, gegen Lausjungen und Schmierfinken mit dem Prügel vorzugehen, hört sich ganz schön an, wird aber dem Ernst und der Gefahr der durch die Kölner Synagogenschändung heraufbeschworenen Lage nicht gerecht. Der gleiche Mann, der das Prügelkonzept anpries, hätte seinen Worten mehr Überzeugungskraft verliehen, würde er in seiner Prügelrede etwas gesagt haben: Ab heute werde ich mich von den engsten Mitarbeitern in meiner Regierung trennen, die schwere intellektuelle Mitschuld als hervorragende Diener und Werkzeuge des Dritten Reiches auf sich geladen haben. Das wäre eine wirkungsvolle, das deutsche Volk und die Welt beeindruckende Tat und Politik gewesen. Wie lange soll auf sie noch gewartet werden?

+ + +

Die Kommunalwahlen im Jahre 1960

Von August Kerger,
Leiter der Kommunalpolitischen Zentralstelle
beim Parteivorstand der SPD

In sechs Bundesländern werden in diesem Jahre Kommunalwahlen stattfinden. Den Anfang macht am 27. März Bayern, in Verbindung mit der wichtigen Oberbürgermeister-Wahl in München. Ihm folgen im Mai das Saarland und im Herbst die Länder Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Schon die im letzten Halbjahr 1959 durchgeführten Kommunalwahlen in Bremen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg haben in der Öffentlichkeit ein großes Interesse gefunden. Ist doch hier die dominierende Stellung der SPD in vielen großen und kleinen Gemeinden nicht nur bestätigt worden, sondern es ist der SPD auch gelungen, die Zahl ihrer Wähler und Mandate wesentlich zu erhöhen. Ohne Zweifel wurde hier die bessere Gemeindepolitik vom Wähler erkannt und durch die Wahl der sie vertretenden Persönlichkeiten anerkannt. Die CDU hat sehen müssen, daß ihr Bemühen, die starke Position der SPD in den Gemeinden zu erschüttern und die Politik dort mit der der Bundesregierung gleichzuschalten, bei den Kommunalwahlen der letzten Monate wiederum ohne Erfolg geblieben ist.

Es besteht kein Zweifel, daß die CDU bei den Kommunalwahlen in diesem Jahre den "Sturm auf die roten Rathäuser" erneut versuchen wird. Hierfür sind schon die drastischen Äußerungen bekannter CDU-Politiker kennzeichnend, darunter auch die des 1. CDU-Vorsitzenden, der seine Parteifreunde unter Bezugnahme auf sein eigenes Verhalten ermunterte, bei den kommenden politischen Auseinandersetzungen und beim Gebrauch der Macht nicht "pingolich" zu sein. Es fehlt aber auch nicht an skeptischen Äußerungen aus den gleichen Kreisen über die Möglichkeit, das sehr spürbare Übergewicht der SPD in den Gemeinden zu beseitigen. In jedem Falle muß aber damit gerechnet werden, daß die CDU/CSU die größten Anstrengungen machen wird, um in den Gemeinden beherrschende Mehrheiten zu erhalten.

Mit Zuversicht in den Wahlkampf

Die SPD geht mit Zuversicht in diese Kommunalwahlkämpfe. Sind schon in der Weimarer-Zeit ihre kommunalpolitischen Leistungen anerkannt und unbestritten gewesen, so kann die SPD insbesondere für die Zeit nach dem totalen Zusammenbruch im Jahre 1945 bis heute auf eine stolze Leistungsbilanz in den Gemeinden hinweisen. Der entscheidende Anteil sozialdemokratischer Kommunalpolitiker und Verwaltungsangehöriger an der Wiedererlangung der gemeindlichen Selbstverwaltung, ihre Leistungen bei der Beseitigung des Chaos in den zerstörten Dörfern und Städten durch Wiederaufbau und Neubau, Fürsorge für die Gemeindeglieder, eine moderne und fortschrittliche Planung u.a.m., sind Taten, die der Bürger und Wähler nicht nur sieht, sondern

deren günstige Auswirkungen auch selbst verspürt hat. Es ist sicher, daß solche Feststellungen die Entscheidung des Wählers zugunsten der SPD beeinflussen.

Bei den Auseinandersetzungen in den Kommalkämpfen werden die Sozialdemokraten aber nicht nur auf ihre bisherigen hervorragenden Leistungen und Persönlichkeiten verweisen können, sondern auch auf eine klare kommunalpolitische Konzeption, die dem örtlichen Verhältnissen und Notwendigkeiten angepasst, überzeugend auf den Wähler wirkt. Sie werden dabei auch nicht verschweigen, daß die überall spürbare Einengung des gemeindepolitischen Betätigungsraumes, die zum Beispiel durch die Verzögerung der kommunalen Finanzreform entstanden ist, schwerwiegende Folgen haben wird und eindeutig und trotz aller schönen Deklamationen schuldhaft bei der von der CDU getragenen Bundesregierung liegt. Die auf die einfache Formel gebrachte Feststellung: "Der Bund läßt die Gemeinden im Stich" bezieht sich auf eine Vielzahl von einzelnen Problemen.

Bund und Gemeinden

Die Schwerpunktfordernngen, die von der SPD zur Sicherung einer lebensfähigen Selbstverwaltung erhoben und deren Erfüllung als notwendig erachtet werden, sind zwar seit vielen Jahren fast gleich geblieben, haben aber an Aktualität nicht nur nichts eingebüßt, sondern noch gewonnen. Neben dem schon erwähnten Problem der kommunalen Finanzreform sind es die Forderungen zum sozialen Wohnungsbau, insbesondere auch für junge Eheleute und Normalverbraucher, zur Beseitigung der Verkehrsnot, zur Beseitigung der Schulraumnot, der Schaffung kultureller Mittelpunkte in Stadt und Land, zum Ausbau des kommunalen Gesundheits- und Sozialwesens, zu Fragen der kommunalen Versorgungs- und Verkehrswirtschaft, die hier im Vordergrund stehen. Die Förderung schließlich nach einer planmäßigen Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in ländlichen Gebieten und die Unterstützung aller Bestrebungen, die das Leben dort lebenswerter machen oder die nach einer vernünftigen Raumplanung, verbunden mit einem fortschrittlichen und wirksamer Bauandbeschaffungsgesetz, gehören ebenfalls zum Katalog dieser Zielsetzungen.

Die SPD wird aber nicht nur herausstellen, was sie in der kommunalen Arbeit erreichen will, sondern auch Männer und Frauen als Kandidaten nominieren, die sich sowohl in ihrer bisherigen kommunalen Arbeit bewährt haben, wie auch solche, die zwar an Lebensalter und Erfahrung noch jung, aber harte Arbeit und den täglichen Kampf, die eine Beschäftigung mit der Gemeindepolitik mit sich bringt, auf sich nehmen wollen.

Es darf als sicher angenommen werden, daß die Kommunalwahlen in diesem Jahre der SPD Gelegenheit geben werden, ihre Positionen in den Städten nicht nur zu halten, sondern auszubauen und auf dem Lande ihre Stellung wesentlich zu verstärken.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel